



HESSISCHER LANDTAG

25. 09. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Qualitativ hochwertige Versorgung von psychisch Erkrankten gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Qualität der Versorgung psychisch erkrankter Menschen stetig weiterentwickelt wird. Leider sind psychische Krankheiten nach wie vor häufig mit einem Stigma verbunden, das Betroffene davon abhält, sich frühzeitig Hilfe zu suchen. Durch die zunehmende gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit seelischen Erkrankungen sind erste Schritte unternommen, um das bestehende Tabu rund um dieses Thema zu brechen. Es ist allerdings erforderlich, dass hier weiterhin aufgeklärt und informiert wird.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Grundsatz ambulant vor stationär auch in der Psychiatrie gilt. Der Heilungsprozess der Patientinnen und Patienten wird durch die gewohnte Umgebung unterstützt.
3. Der Landtag dankt dem (therapeutischen) Pflegepersonal und den Medizinerinnen und Medizinern für ihre engagierte Versorgung psychisch erkrankter Patientinnen und Patienten. Für diese wichtige und besonders herausfordernde Arbeit zollen wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen psychiatrischen Stationen unseren größten Respekt.
4. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Frankfurt und dem Klinikum Frankfurt Höchst die Aufklärung über die Zustände in der psychiatrischen Abteilung des Klinikums Frankfurt Höchst konsequent vorantreibt. Am 11. September 2019 wurde der Zwischenbericht des vom Klinikum beauftragten externen Beraters veröffentlicht. Mit der Umsetzung erster Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in Höchst ist bereits zuvor begonnen worden. Mithilfe des fertiggestellten Berichts soll die Psychiatrie in Frankfurt Höchst dann kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dies schafft bei allen Beteiligten Vertrauen in die Versorgung psychisch erkrankter Menschen.
5. Der Landtag stellt fest, dass der vorläufige Bericht des externen Beraters bereits zahlreiche Handlungsmöglichkeiten identifiziert hat, und begrüßt, dass die bisherigen Erkenntnisse gemeinsam mit den Ergebnissen aus dem endgültigen Bericht für die Weiterentwicklung aller psychiatrischen Krankenhäuser in Hessen herangezogen werden sollen.
6. Der Landtag sieht bauliche Maßnahmen in den psychiatrischen Abteilungen der Kliniken in Hessen als einen wesentlichen Punkt zur Verbesserung der Versorgungsqualität. Aus diesem Grund begrüßt der Landtag die Erhöhung der Investitionszuschüsse für Krankenhäuser.
7. Der Landtag sieht weiterhin die Personalausstattung durch Pflegepersonal als entscheidend für die Genesung der Patienten an. Dem Fachkräftemangel in der medizinischen Versorgung in den kommenden Jahren zu begegnen, wird eine der großen Herausforderungen der Gesundheitspolitik sein, die nur von allen Beteiligten gemeinsam bewältigt werden kann. Daher erwartet der Landtag, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für die Einführung von Personalmindestvorgaben einsetzt, die sich an der erforderlichen Versorgungsqualität ausrichten.
8. Der Landtag betont, dass Fixierungen von Patientinnen und Patienten immer nur Ultima Ratio sein dürfen und dass die Vermeidung von Zwangsmaßnahmen oberstes Ziel ist. Der Landtag stellt fest, dass die durchgeführte fachaufsichtliche Prüfung der Fixierungsprotokolle des Klinikums Höchst keinen Hinweis auf willkürliche Anordnungen von Fixierungen ergab.

9. Der Landtag begrüßt den Aufbau von regional eingerichteten Krisenhilfen, die Betroffene und Angehörige in psychischen Krisen beraten, wenn andere Dienste und Beratungsstellen geschlossen sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. September 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)